

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
DES DEUTSCHEN
BIBLIOTHEKSVERBANDS
BERLIN**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

Rechtliche Absicherung der Berliner Bibliotheken

a) Wird Ihre Partei einen Antrag zur Schaffung eines Bibliotheksgesetzes einbringen oder einem solchen Antrag zustimmen?

b) Stimmen Sie den Forderungen der Enquetekommission zu und wollen Sie die durch die Öffentlichen Bibliotheken erbrachten Basisleistungen zur Pflichtaufgabe erklären?

c) Welche konkreten Leistungen und Standards sollte aus Ihrer Sicht ein solches Bibliotheksgesetz, auch in Abstimmung mit dem Bibliotheksentwicklungsplan Berlin, beinhalten?

Antwort:

Die Berliner Bibliotheken mit ihrem Angebot in der Fläche aber auch mit ihrem Flaggschiff der Zentral- und Landesbibliothek sind integraler Bestandteil der Berliner Bildungs- und Kulturlandschaft. Aus diesem Grund liegt uns eine verlässliche, transparente und zukunftsorientierte Förderung der Kultur generell, aber auch der Berliner Bibliotheken im speziellen, besonders am Herzen. Deshalb unterstützen wir die Inhalte eines Berliner Bibliotheksgesetzes, etwa nach dem Vorbild aus anderen Bundesländern, ausdrücklich.

Ein solches Bibliotheksgesetz soll nach unserer Vorstellung ein Bestandteil eines Kulturgesetzbuches sein, welches den Mantel für alle bestehenden, aber auch die sich in der Abarbeitung befindenden kulturelevanten Gesetze bilden soll.

Ziel unserer Initiative ist es - insbesondere in den kommenden schwierigen Zeiten im Nachgang der Corona-Pandemie -, den Stellenwert und die Wichtigkeit der Kultur und ihrer Förderung für unsere Stadt festzuschreiben und den Akteuren, wie etwa die Bibliotheken, eine solide und unbestreitbare Handlungsbasis zu verschaffen.

Aufgaben der Kulturförderung müssen aus Sicht der CDU gesetzlich klar definiert sein, um mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Kulturschaffenden zu erreichen, insgesamt aber auch die Transparenz in diesem Bereich zu erhöhen.

Grundlage der Kulturförderung des Landes Berlin soll daher zukünftig der für die Dauer einer Legislaturperiode geltende Kulturförderplan sein, welcher die Ziele, Entwicklungsperspektiven und Schwerpunkte konkretisieren sowie Handlungsfelder und Angaben zu den Handlungsfeldern sowie zu den geplanten Ausgaben machen soll. Um ein Höchstmaß an Transparenz sicherzustellen, ist

ein jährlicher Kulturförderbericht geplant, in dem die Fördermaßnahmen in ihrer Gesamtheit und ihren Zusammenhängen dargestellt werden sollen. Am Ende einer jeden Legislaturperiode ist ein Landeskulturbericht vorgesehen, der zur Umsetzung des zu Beginn der Wahlperiode aufgestellten Kulturförderplans, zur Angebots- und Nachfrageentwicklung sowie zur Lage der Kultur Berlins insgesamt berichtet und Stellung nimmt. Dieser Bericht soll auch mögliche Schlussfolgerungen für künftige Schwerpunkte der Kulturförderung darstellen. Eine regelmäßige Evaluation der Förderung und die damit einhergehende Überprüfung der Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit dieser, aber auch ein regelmäßiger Dialog mit den Kulturschaffenden über die Ziele und Wirksamkeit der Kulturförderung des Landes sind aus unserer Sicht unerlässlich und daher in einem von uns geforderten Kulturgesetzbuch zu fixieren.

Entwicklung der Berliner Öffentlichen Bibliotheken

a) Strebt Ihre Partei die Realisierung dieser Ziele an?

b) Welches dieser Ziele hat für Sie Priorität?

c) Sehen Sie die Notwendigkeit, auch unter schwieriger werdenden Bedingungen durch die pandemiebedingten Auswirkungen auf den Landeshaushalt, Ressourcen für die bezirklichen Stadtbibliotheken und die Zentral- und Landesbibliothek bereitzustellen, und wie würden Sie sicherstellen, dass diese nicht im Rahmen der Globalhaushalte der Bezirke zweckentfremdet werden können?

Antwort:

Wie bereits im obigen Punkt ausgeführt liegt uns die Förderung der Berliner Bibliothekslandschaft im Ganzen und wie im nachfolgenden Punkt die Erweiterung der Zentral- und Landesbibliothek besonders am Herzen. Bibliotheken können im 21. Jahrhundert nur mit zeitgemäßer Technologie und digitaler Infrastruktur ein wichtiger, präsender und erlebbarer Bestandteil des alltäglichen Lebens bleiben. Die Corona-Krise hat jedoch einmal mehr deutlich gemacht, wie schlecht es um die digitale Infrastruktur der Berliner Kulturinstitutionen wie den Bibliotheken bestellt ist - doch die Probleme bestehen nicht erst seit einem Jahr.

Aus diesem Grund bildet die Förderung der Digitalisierung der Kulturlandschaft Berlins seit Jahren einen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik. Nicht nur, dass sich die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bereits in den letzten Haushaltsberatungen dafür eingesetzt hat, die Investitionen in die digitale

Ausstattung um zusätzliche 5 Millionen Euro zu erhöhen, auch ist die Förderung von Digitalität sowie die Digitalisierung von Büchern ein zentrales Anliegen welches wir mit der Schaffung eines Kulturgesetzbuches für Berlin umsetzen wollen.

Neben den Defiziten etwa in der technischen Ausstattung zahlreicher Institutionen hat die Corona-Krise uns aber auch gezeigt, wie elementar Kultur für unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben ist. Aus diesem Grund werden wir uns, auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Mindereinnahmen und den daraus resultierenden engeren Spielräumen, für eine auskömmliche Finanzierung von Kunst und Kultur und den Erhalt bestehender Strukturen einsetzen. Dieses Ziel verfolgt primär auch unser Vorschlag der gesetzlich geregelten Kulturförderung im Rahmen eines Kulturgesetzes. Hier sollen auch Zielsetzungen der Kulturpolitik strategisch vorgenommen und evaluiert werden.

Neubau der Zentral- und Landesbibliothek Berlin

a) Setzen Sie sich dafür ein, dass der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek Berlin als Erweiterung der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz geplant und realisiert wird?

b) ...und der Baubeginn für dieses Vorhaben 2026 Wirklichkeit werden kann?

Antwort:

Der zeitnahe Neubau der Zentral- und Landesbibliothek als Erweiterung der Amerika-Gedenkbibliothek ist für uns eines der zentralen und dringlichsten Projekte für die Kulturhauptstadt Berlin. Bereits seit dem Jahr 2015 setzen wir uns für die Realisierung dieses wichtigen Vorhabens am Standort am Blücherplatz auch parlamentarisch etwa über Antragsinitiativen aber auch unserem Engagement im Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses ein. Ebenso wird der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek eine zentrale Forderung in unserem Wahlprogramm sein.

Insbesondere auch aufgrund der großen Bedeutung der ZLB auch als dritter Ort und der derzeit im Verhältnis hierzu sehr begrenzten auch räumlichen Ressourcen ist es für uns von größter Wichtigkeit dieses Projekt zeitnah umzusetzen. Vor dem Hintergrund der Unwägbarkeiten der Folgen der Corona-Pandemie für den Landehaushalt lassen sich jedoch Aussagen zur Finanzierung eines solchen Großprojekts und damit auch des Baubeginns aus jetziger Sicht leider kaum seriös treffen.

Open Access

a) Mit Blick auf Verlage, alternative Publikationsmöglichkeiten und diverse Publikationsformate ist eine langfristige, nachhaltige und faire Finanzierungsstruktur nötig. Wo sehen Sie Möglichkeiten, die Hochschulen bei der Open-Access-Transformation strukturell und finanziell zu unterstützen?

b) Wie soll die Entwicklung und Einführung von Anerkennungsmechanismen für Open-Science-Praktiken bei der Bewertung von Forschungsleistungen und der Forschungsevaluation in den Einrichtungen gefördert werden?

c) Wichtig und bislang wenig bearbeitete Themen sind die Speicherung sowie der Zugang zu künstlerischen Forschungsdaten. Hier spielen Materialspezifik und Verwertungsrechte eine zentrale Rolle. Wie kann hier eine aktive Stärkung sowie finanzielle Förderung aussehen?

d) Welche Strategie verfolgen Sie hinsichtlich konkreter, landesspezifischer Maßnahmen zum Management, zur Langzeitarchivierung und zur Open-Access-Veröffentlichung von Forschungsdaten, um mit länderspezifischen, nationalen und internationalen Entwicklungen und Herausforderungen Schritt zu halten?

e) Wie kann eine Diskussion über die Werte von offener Wissenschaft (wie Diversität, strukturelle Gleichheit, Nachhaltigkeit, Inklusion) in Berlin bestärkt werden?

Antwort:

Die CDU Berlin setzt sich seit vielen Jahren für eine nachhaltige Etablierung von Open Access als Standard des wissenschaftlichen Publizierens in der Wissenschaft ein. Mit der Verabschiedung der Berliner Open-Access-Strategie haben wir auf Landesebene hierfür die notwendige Grundlage geschaffen. Wir halten es für erforderlich, die Maßnahmen durch entsprechende Förderaktivitäten zu ergänzen.

Neben einem Anreizsystem für öffentliches Publizieren bedarf es verlässlicher und dauerhafter Strukturen zur Finanzierung von Open-Access-Publikationen. Zusätzliches Potenzial sehen wir in einer stärkeren Vernetzung der Akteure. Um Kompetenzen auf Landesebene zu bündeln, sollte neben dem bestehenden Open-Access-Büro eine Koordinierungs- und Vernetzungsstelle aufgebaut werden, die Vertreter der wissenschaftlichen Einrichtungen zusammenführt. Open Access darf nicht an Landesgrenzen stehen bleiben. Eine Vernetzung der Länder ist unerlässlich.

Die Berliner Hochschulen haben im Bereich Open Access bereits vielfältige Aktivitäten unternommen. Wir unterstützen dieses hochschulische Engagement, setzen uns darüber hinaus jedoch für mehr Verbindlichkeit und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen ein. Ersteres sollte durch eine stärkere Verankerung von Open Access im Berliner Hochschulgesetz und in den Hochschulverträgen erfolgen. Angesichts der fortschreitenden technischen Entwicklung muss Wissenschaftlern der Zugang zu Forschungsdaten erleichtert werden, damit aus dem Wissens- und Technologietransfer auch Innovationen von gesamtgesellschaftlichem Nutzen resultieren können. Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung sollten daher allgemein zugänglich sein, sofern dies dem Technologietransfer nicht entgegensteht.